

Friedhelm Fragemann

SPD-Fraktion

Dorsten, 25.11.2015

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren,

studiert man die Vorlage des Bürgermeister und die Vorschläge des Kämmerers bzgl. der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes und der Haushaltssatzung, so gewinnt man den Eindruck: „Alles in Butter!“ Es gäbe zwar einige Schattenseiten, etwa das Problem der Schlüsselzuweisungen, den belastenden Faktor Personalaufwand, den Substanzverzehr bei Straßen, Brücken und Gebäuden, die steigenden Kosten für Asylbewerber und insbesondere die Kosten der Jugendhilfe. Aber es gäbe keineswegs einen Kahlschlag an Leistungen, sondern lediglich Anpassungen „an wirklich gegebene Bedürfnisse“, so der Kämmerer. „Der „Konzern Stadt“ sei gut aufgestellt.“ Und weiter: „die Haushaltssanierung bot die Möglichkeit, Besitzstände, Annehmlichkeiten und Wohltaten zu hinterfragen“.

Abgesehen davon, dass die Stadt nicht auf Kapitalrendite zielt und insofern der Begriff „Konzern“ ein terminologischer Missgriff ist, fragt man sich, inwieweit hier noch die Realität erfasst wird. Ich nehme den Schulbereich als Beispiel: Verkommen, verdreckt, unzureichend ausgestattet! Dies gilt zumindest für viele Schulen und auch Sporthallen, was mit dem Begriff „optimiertes Reinigungsregime“ in euphorischer Weise verkleistert wird. Oder nehmen wir den Personalbedarf. Längst können nicht mehr alle Aufgaben in vollem Umfang wahrgenommen werden. Bei vielen Mitarbeitern ist die Grenze der Belastbarkeit überschritten. Wesentliche Aufgaben werden nur notverwaltet, mit der Konsequenz, dass der Stadt auch Gelder durch die Lappen gehen (Bsp.: Jugendhilfe). Auch das Planungsamt ist personell unterbesetzt, so dass sich die Gewerbe- und Baulandentwicklung ausgewiesener Flächen verzögert und dadurch möglicherweise Vorhaben nicht realisiert werden können. Dieser

Personalmangel und die damit verbundene mangelnde Aufgabenbewältigung wird zurzeit noch verschärft durch die notwendige Betreuung von Flüchtlingen, was insbesondere Hausmeister und Mitarbeiter im Sozial- und Ordnungsamt betrifft, die zusätzlich gebunden und ihren eigentlichen Aufgaben entzogen werden.

Apropos Flüchtlinge. Da ist viel die Rede von „Willkommenskultur“ und „schneller Integration“, vor allen Dingen von der Beschulung der Kinder. Welche Linie verfolgen aber Verwaltung und CDU? Sie wollen die Wichernschule schließen. Dabei ist sonnenklar, dass Menschen auf Dauer nur mit Bildung aus dem Dilemma kommen, dass die erste Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration Bildung ist. Dies ist nur ein, wenn auch wesentlicher Faktor, für unser Eintreten zugunsten des Erhalts dieses Teilstandortes. Ich komme darauf später noch einmal zurück.

Eine wesentliche Rolle für die Integration spielt auch der Sport. „Besser, nachhaltiger und preisgünstiger als der Sport, schafft niemand sonst Integration.“, so Alfons Hörmann, Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes. Recht hat der Mann! Hier könnte man mehr tun, als Einsparungen durch zeitliche Schließungen zu verfolgen. Und wir sollten uns davor hüten, unser Angebot durch die Nutzung von Sporthallen als Auffangunterkünfte weiter zu reduzieren. Diese Diskussion wird kommen. Der Druck wird sich nämlich auch in Dorsten weiter erhöhen, wenn das Land die Flüchtlinge schneller den Kommunen zuweist. Das Hauptproblem sind allerdings zu spät einsetzende Integrations- und Sprachkurse, wie auch der Bürgermeister festgestellt hat.
(Einreisezentrum)

Und natürlich sind unsere Probleme vor Ort nicht hausgemacht! Immer wieder werden Aufgaben, die der Bund den Kommunen auferlegt, nicht hinreichend finanziert. Das Konnexitätsprinzip ist nach wie vor löchrig wie ein Schweizer Käse! So werden z.B. Soziallasten nicht hinreichend berücksichtigt. Hier ist mehr Hilfe für Kommunen notwendig, wie auch eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung nachweist. Der Bund könnte etwa die Wohnkosten für Hartz IV – Empfänger übernehmen. Auch die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen, die Kosten für Asylbewerber, die Pflege und

der Kita-Platz – alles Aufgaben, die der Bund gesetzlich vorgegeben hat, müssten endlich auskömmlich finanziert werden.

Sehr geehrter Bürgermeister, meine Damen und Herren,

aber die SPD kritisiert und lamentiert nicht nur, sondern sie hat auch konkrete Vorschläge gemacht, die vor Ort umgesetzt werden können, und zwar bzgl. des Fehlbedarfs im Haushaltssanierungsplan und im Zusammenhang des von der SPD angestrebten Erhalts der Wichernschule. Ich habe schon mehrfach im HFA dafür plädiert, die Vergnügungssteuer (Spielgerätesteuern) um 2 Punkte zu erhöhen, von nämlich von 16% auf 18%, bemessen am Einspielergebnis. Das würde immerhin 110.000 EUR erbringen, wie die Verwaltung jetzt dokumentiert hat. Zweitens ist auf SPD Vorschlag hin auch die Einführung der Wettbürosteuer in Angriff genommen worden und wird mit ca. 25.000 EUR kalkuliert. Beide Maßnahmen würden einen nicht unerheblichen Beitrag im Zuge der Beseitigung des Fehlbetrages leisten. Leider haben Union und FDP diesem Vorschlag nur bedingt bzw. gar nicht zugestimmt. Die FDP ist dabei in ihre alten Reflexe verfallen, wonach jegliche Steuererhöhung „des Teufels“ und damit abzulehnen sei, weil Steuererhöhungen angeblich niemals zurückgenommen würden. Welch ein Blödsinn! Ich darf daran erinnern, dass in der Zeit einer rot-grünen Regierung auf Bundesebene immerhin die größte Steuerentlastung in der Geschichte der BRD (Größenordnung 50 Milliarden) erfolgt ist, was allerdings mit dazu beigetragen hat, dass alle staatliche Ebenen ihren Aufgaben heute nicht mehr in vollem Umfang nachkommen können. Wie Kommunen ihre Altschulden abbauen sollen, bleibt vor diesem Hintergrund ein Rätsel, wenn nicht Bund und Land von ihren Möglichkeiten, neue Einnahmequellen zu generieren, Gebrauch machen und dann zu einer gerechten Verteilung, unter angemessener Berücksichtigung der Kommunen, übergehen.

Der SPD-Vorschlag bzgl. der Erhöhung der Zockersteuer ist auch der einzige Beitrag, der von der Verwaltung als nachhaltig beurteilt und in die eigene Planung aufgenommen worden ist. Während der

CDU-Vorschlag (Rückgriff auf das Windor-Eigenkapital) sich insofern als untauglich erwiesen hat, als er allenfalls temporäre Entlastung bringen würde. Auch die „FDP-Haushaltskommission“ hat rein gar nichts erbracht und damit ihre Kernaufgabe, weitere Kompensations- und Sanierungsvorschläge zu entwickeln, völlig verfehlt.

Wir leiden unter einem dramatischen Eigenkapitalverzehr. Der Investitions- und Instandhaltungstau nimmt dramatische Formen an. Und wann sollten wir investieren, wenn nicht jetzt, bei diesen extrem günstigen Zinskonditionen? Ich habe immer gesagt, dass wir beim Sparen dort halt machen müssen, wo sparen kontraproduktiv wird. Dort muss nachjustiert werden können. Der berühmte Wissenschaftler Lorenz von Stein (1850-1890) wusste schon, dass öffentliche Verschuldung in gewisser Weise sogar erstrebenswert sei, denn „ ein Staat ohne Staatsschuld, tut entweder zu wenig für die Zukunft oder fordert zu viel von der Gegenwart“.

Wenn sie der Finanzierung wichtiger Zukunftsaufgaben dient, z.B. in den Aufbau wichtiger Infrastruktur, z.B. Bildungsausgaben investiert wird, kommt sie eben auch den folgenden Generationen zu Gute, die an der Finanzierung zu beteiligen sind. Mit Schulen, meine sehr geehrte Damen und Herren, sichern wir die Zukunft, denn die Bundesrepublik Deutschland hat sonst nicht allzu viele Rohstoffe zu bieten. Der CDU allerdings fällt nicht mehr ein, als die Wichernschule zu liquidieren. Sie macht sich offenbar mehr Sorgen um das Wohl der Automatenaufsteller als um das Wohl unserer Kinder.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

gleichwohl stimmt die SPD-Fraktion dem Sanierungsplan und dem Haushalt heute zu, weil sie aufgrund hartnäckiger Eingaben immerhin erreicht hat, dass im Bereich Kultur und Soziales nicht weiter

geplündert wird - ich denke da u.a. an die Stadtbibliothek und die Musikschule -, dass zumindest ein Kahlschlag, vor dem Schwarz-Gelb nicht zurückgeschreckt wäre, verhindert werden konnte.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich auch ausdrücklich bei der Bürgerschaft Dorstens bedanken, die mit vorbildlichem Engagement ihren Beitrag leistet und selbst im Bereich Pflichtaufgaben zur Entlastung des städtischen Haushalts beiträgt, so etwa der rührige Tierschutzverein Hervest Dorsten.

Ebenso bedanke ich mich für die Beratung und Begleitung der Mitarbeiter des Hauses während unserer Haushaltsberatungen.

Glück Auf!